

ALS



Es geht um Ihr Geld! *Straßenausbau-Beitragsatzung (Strabs)*

- ❖ **Wir wollten sie noch nie!** Jeder kann unsere Straßen benutzen, also sollen auch alle dafür bezahlen (Steuermittel für Straßen).
- ❖ **Bisher konnte der Stadtrat die Einführung verhindern!**
- ❖ **Die Stadtratsmitglieder der ALS haben bereits mehrfach gegen die Einführung der Strabs gestimmt** – obwohl zuletzt sogar gedroht wurde, jeder Einzelne müsse mit rechtlichen Konsequenzen rechnen!
- ❖ **Wo bleibt da die Demokratie?** Bei einer Abstimmung muss jeder mit „Ja oder Nein“ stimmen dürfen!
- ❖ **Nun will das Landratsamt die Stadt Schongau endgültig zwingen, die Satzung zu erlassen!**

Was bedeutet so eine Satzung für Sie?

Eigentümer von bebauten oder bebaubaren Grundstücken **werden** bei Herstellung, Anschaffung, Verbesserung oder Erneuerung von Straßen, Wegen, Plätzen und Parkplätzen, Fuß- und Radwegen, Beleuchtung und Entwässerung usw. **zur Kasse gebeten**.

Mieter von Wohnungen und Häusern müssen damit rechnen, dass in der Folge die **Mieten steigen** werden.

Schauen Sie sich die Straße vor Ihrem Haus einmal an, und Sie können sehen, ob das auch Sie bald treffen könnte.

Der Bayerische Landtag hat 2016 hierzu eine Gesetzesänderung beschlossen.



**Kommen Sie zu unserer Info-Veranstaltung am
Dienstag, 12. September, 20 Uhr, im Ballenhaus**

Das Gesetz lässt die Wahl zwischen Pest und Cholera!

Wie bisher gilt die „Erhebung von einmaligen Beiträgen“. Das kann für einen Hauseigentümer sehr teuer werden. In den Medien gibt es Berichte über Fälle aus anderen Orten, bei denen sogar Beträge um die 50.000 Euro fällig wurden. Die Höhe des Betrags hängt u. a. von den Kosten der Maßnahme, der Größe und Nutzung des Grundstücks und der Geschoszahl des Hauses ab. Aber auch 10.000 – 20.000 Euro kann nicht jeder Hauseigentümer so einfach aufbringen.

Neu ist: Die Stadt kann stattdessen „wiederkehrende Beiträge“ erheben. Das Stadtgebiet wird in mehrere Einheiten aufgeteilt. Alle Eigentümer innerhalb einer Einheit bezahlen dann gemeinsam die anfallenden Kosten, d. h. für einen Einzelnen entstehen nicht existenzbedrohliche Summen, sondern jährliche Zahlungen etwa in Höhe von 200 Euro. Das zeigen zumindest Beispiele aus anderen Bundesländern, in denen es diese Art von Straßenausbaubeiträgen schon länger gibt.

Aber: Gerecht ist das trotzdem nicht!

Es gibt auch Bundesländer, die solche Satzungen wieder abgeschafft haben.

Auch in Bayern regt sich in vielen Städten und Gemeinden Widerstand.

Info-Veranstaltung

mit Jürgen Jordan

vom Netzwerk „Allianz gegen Straßenausbaubeitrag“
am Dienstag, 12. September, 20 Uhr, im Ballenhaus

Themen des Vortrages:

- Entstehung des Netzwerks
- gesetzliche Ausgangslage
- Auswirkungen für die BürgerInnen
- Widerstand - aber wie?
- Erfahrungen aus politischen Gesprächen
- Erfahrungen aus Gerichtsverhandlungen
- Druck auf die Kommunen
- Sicht eines aktiven CSU-Mitglieds



Informieren Sie sich auch auf unserer Homepage:

www.al-schongau.de

Verantwortlich: Gregor Schuppe, Alpspitzstraße 14, Schongau · Gestaltung: Markus Keller, Schongau